

V O R B E R I C H T

**ZUM ERSTEN NACHTRAGSHAUSHALTSPLAN
DES LANDKREISES CUXHAVEN
FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2005**

Der Kreistag hat die Haushaltssatzung des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2005 am 09. Februar 2005 beschlossen. Der Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt betrug bei Einnahmen in Höhe von 202.226.100 € und Ausgaben von 267.438.200 € 65.212.100 €. Der Vermögenshaushalt war in Einnahmen und Ausgaben mit jeweils 20.990.600 € ausgeglichen. Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport hat mit Verfügung vom 07.04.2005 die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 mit Auflagen genehmigt.

Der Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung wird gemäß § 65 NLO i.V.m. § 87 Abs. 2 NGO u.a. erforderlich, da bedingt durch die Neuregelungen im Sozialbereich (Hartz IV-Reform) und die Veränderungen in der Fleischuntersuchung in der Stellenübersicht des ISB unter Abzug der eingesparten Stellen insgesamt 54,9 Angestelltenstellen und 4,7 Beamtenstellen (nachrichtlich) zusätzlich einzurichten sind. 4,2 Stellen werden von der KuB übernommen. Von den insgesamt 59,6 Stellen werden 27 Stellen über den eigenen Bedarf des Landkreises hinaus für die ARGE vorgehalten und durch die Agentur für Arbeit finanziert. Die Personalkosten für die übrigen 32,6 neuen Stellen (KdU, Wohngeld usw.) trägt der Landkreis im Rahmen seiner eigenen Zuständigkeit. Hiefür sind entsprechende Haushaltsansätze im kameralen Haushalt und im Wirtschaftsplan einzustellen.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2005 unterlagen die im Zusammenhang mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erforderlichen Haushaltsansätze noch großen Veränderungsrisiken. Sie wurden nach den gegenwärtigen Erkenntnissen neu berechnet und in den entsprechenden Unterabschnitten des Einzelplanes 4 geändert. Im Unterabschnitt 41900 ist u.a. eine einmalige Nachzahlung des Landes aus dem Quotalen System für 2004 in Höhe von 3,959 Mio. € eingestellt worden. Sie hat dazu geführt, dass sich das Defizit im Sozialhaushalt 2005 bedingt durch Hartz IV um diesen Betrag nicht weiter verschlechtert hat. Für die nächsten Jahre ist mit Nachzahlungen in diesem Umfang nicht zu rechnen. Daneben ist diese zusätzliche Erstattung im Haushalt 2007 als Quote für den Bedarfsansatz bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen und der Investitionszuweisungen des Landkreises zu berücksichtigen. Die Einnahmen aus dem Finanzausgleich 2007 werden dadurch entsprechend geringer ausfallen.

Im Vermögenshaushalt sind für die geplanten Ganztagschulen die Zuweisungen des Landes in der beantragten Höhe eingestellt worden. Dadurch vermindert sich für diese Baumaßnahmen der im Haushaltsplan 2005 eingestellte Kreditbedarf entsprechend.

In § 1 der Ersten Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 sind die Änderungen des **Verwaltungshaushaltes** in den Einnahmen und Ausgaben wie folgt festgesetzt:

Bezeichnung des Haushaltes	neues Haushaltssoll	altes Haushaltssoll	mehr/weniger
Einnahmen	198.491.300 €	202.226.100 €	- 3.734.800 €
Ausgaben	263.840.200 €	267.438.200 €	- 3.598.000 €

Der Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt erhöht sich von 65.212.100 € um 136.800 € auf nunmehr 65.348.900 €. In diesem Fehlbedarf ist die Deckung des Soll-Fehlbetrages des Haushaltsjahres 2003 in Höhe von 45.488.600 € enthalten, so dass der strukturelle Fehlbedarf 19.860.300 € beträgt.

Das Volumen des **Vermögenshaushaltes** vermindert sich in den Einnahmen und Ausgaben um jeweils 561.000 € auf 20.429.600 €. Der bisher in § 2 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamt-

betrag der Kredite in Höhe von 5.997.400 € sinkt aufgrund der Veränderungen im Vermögenshaushalt um 536.300 € auf 5.461.100 €. Die mit dem Nachtragshaushaltsplan veranschlagte Kreditaufnahme führt im Ergebnis zu einer Entschuldung in Höhe von 535.300 €.

Im § 4 der Nachtragshaushaltssatzung wird der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2005 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag um 25.000.000 € erhöht und damit auf 145.000.000 € neu festgesetzt. Dieser Betrag ist notwendig, um den jeweiligen Spitzenbedarf, insbesondere in Zeiten der vorläufigen Haushaltsführung, abdecken zu können. Bereits zu Beginn des Haushaltsjahres hatte der Landkreis den Kassenkreditrahmen 2004 zu 100 v.H. ausgeschöpft und musste bis zur Genehmigung der Haushaltssatzung 2005 diese Wertgrenze mehrmals tageweise überschreiten. Damit dieses künftig nicht wieder auftritt, wurde in den Nachtrag der höchstmögliche genehmigungsfähige Betrag eingestellt.

Mit der Ersten Nachtragshaushaltssatzung werden im **Wirtschaftsplan Interner Servicebetrieb** im Erfolgsplan zusätzliche Erträge in Höhe von 88.900 € und Aufwendungen in Höhe von 1.199.100 € u.a. zur Finanzierung von Personalaufwendungen für die infolge der Hartz IV-Reform zum 01.05.2005 übernommenen Mitarbeiter für die ARGE bereitgestellt. Im Vermögensplan vermindern sich die Einnahmen und Ausgaben um jeweils 598.000 €. Dies ist auf zusätzliche Einnahmen aus Zuweisungen vom kameralen Haushalt für den Umbau und die Ausstattung von Ganztagschulen und Änderungen bei den Investitionen zurückzuführen. Dadurch vermindert sich die erforderliche Kreditaufnahme im Wirtschaftsplan um 765.500 €.

Im **Wirtschaftsplan Abfallwirtschaft** werden durch Vertragsanpassungen für die Boden – und Bauschuttdeponie Langen-Neuenwalde im Erfolgsplan die Erträge und Aufwendungen um jeweils 567.200 € erhöht. Im Vermögensplan vermindern sich die Einnahmen und Ausgaben um jeweils 50.400 €. Dies ist auf eine verminderte Entnahme aus der Rücklage und einer geringeren Zuführung an den Erfolgsplan zurückzuführen.

Im **Wirtschaftsplan Kreisstraßen und Verkehrsinfrastruktur** sind im Vermögensplan u.a. zur Finanzierung einer Photovoltaikanlage auf dem Wohnhaus der KSM Dorum zusätzliche Kreditmarktmittel in Höhe von 70.000 € einzustellen. Ferner kann der 2. Bauabschnitt zur Sanierung der Schwebefähre Osten nicht vollständig aus Zuweisungen und Zuschüssen finanziert werden. Ein Eigenanteil in Höhe von 100.000 € soll durch Einsparungen bei den Straßenbauinvestitionen erwirtschaftet werden. Eine entsprechende Kürzung der Ausgabeposition ist im Wirtschaftsplan vorgenommen worden.

Für den Ausbau der Ortsdurchfahrt Hollen im Zuge der K 32 und der Erneuerung des Regenwasserkanals im Zuge der K 29 werden Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Wirtschaftsjahres 2006 in Höhe von 1.344.000 € eingestellt.

Im **Wirtschaftsplan Integrationshilfen Arbeitsmarkt** werden die Erträge und Aufwendungen im Erfolgsplan jeweils um 364.300 € reduziert. Dies ist auf einen Wechsel der Zuständigkeiten für das Pro-Aktiv-Center (PACE) auf Amt 51 und der Auflösung des Regiebetriebes zum 01.05.2005 zurückzuführen. Entsprechende Ansätze für das PACE wurden im kameralen Haushalt bereitgestellt.

Die anderen Festsetzungen in der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 bleiben unverändert. Auf eine Fortschreibung des Finanzplanes des Investitionsprogramms wurde daher verzichtet. Die wesentlichen Veränderungen sind im einzelnen bei den betreffenden Haushaltsstellen erläutert.